

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

NextGenerationEU

Erste Milliarden an
Deutschland ausgezahlt

Seite 3

IM FOKUS

Gesundheitsunion

Kommission legt Pläne für
neue Behörde HERA vor

Seite 5

Humanitäre Hilfe

Von der Leyen betont
Verantwortung für Afghanistan

Seite 7



In ihrer Rede zur Lage der Union mahnte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein gemeinsames europäisches Handeln an.

© European Union, 2021 – Source: European Parliament

REDE ZUR LAGE DER UNION

Von der Leyen schwört Europa auf die Zukunft ein

Vor dem Europäischen Parlament hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer jährlichen Rede zur Lage der Union dazu aufgerufen, globalen Umbrüchen mit Zuversicht und gemeinsam zu begegnen. „Wir stehen vor neuen und dauerhaften Herausforderungen in einer Welt, die sich ungleichmäßig erholt – und auseinanderdriftet“, sagte von der Leyen und mahnte ein gemeinsames europäisches Vorgehen an: „Wir haben gezeigt, dass wir schnell handeln können, wenn wir geschlossen handeln.“

> Von der Leyen nannte als erfolgreiche Beispiele die weltweite Vorreiterrolle der EU bei den Impfungen gegen COVID-19, den Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU, der 800 Mrd. Euro mobilisiert, um soziale und wirtschaftliche Folgen der Pandemie zu überwinden, sowie den Europäischen Grünen Deal, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll: „In der größten globalen Gesundheitskrise seit Jahrhunderten haben wir gemeinsam dafür gesorgt, dass der lebensrettende Impfstoff in jeden Teil Europas gelangen konnte. In der schwersten globalen Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten haben wir gemeinsam NextGenerationEU auf den Weg gebracht. Und auch in der tiefsten Umweltkrise aller Zeiten haben wir uns gemeinsam auf den European Green Deal geeinigt“, sagte die Präsidentin.

Im Europäischen Parlament in Straßburg legte die Präsidentin das Programm für das kommende Jahr vor. „Es besteht kein Zweifel: Auch im nächsten Jahr ist Charakter gefragt“, mahnte von der Leyen weitere Anstrengungen an. Sie stellte eine Reihe von europäischen Initiativen vor, unter anderem:

> **Neue Gesundheitsbehörde HERA:** Um für Gesundheitsgefahren künftig besser gewappnet zu sein, wird die Europäische Gesundheitsbehörde HERA (Health Emergency Response Authority) entsprechende Vorbereitungen in der EU koordinieren und im Falle eines Gesundheitsnotstandes dafür sorgen, dass notwendige medizinische Gegenmaßnahmen wie Medikamente in allen EU-Staaten zur Verfügung stehen. >>

NACHHALTIGER WANDEL

Konzept für Neues Europäisches Bauhaus

Die EU-Kommission hat das Konzept für ein Neues Europäisches Bauhaus verabschiedet. Das Programm zielt darauf ab, den nachhaltigen Wandel in verschiedenen Branchen vom Bau bis zur Textilindustrie voranzutreiben, um durch Design und neue Herstellungswege die Fertigung kreislaufwirtschaftsorientierter und klimafreundlicher Produkte voranzutreiben. Für die Finanzierung sind bis Ende kommenden Jahres 85 Mio. Euro vorgesehen. Das Vorhaben „hat die Kreativität von Architekten, Designern und Ingenieuren in der gesamten EU explodieren lassen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union.

Neues Europäisches Bauhaus

“ Europa braucht eine Seele, ein Ideal und den politischen Willen, diesem Ideal zu dienen. Europa hat diesen Worten in den vergangenen zwölf Monaten Leben eingehaucht. ”

Ursula von der Leyen,
Präsidentin der EU-Kommission

Kommission visiert Rechtsstaatsverfahren an

Die EU-Kommission steht erstmals vor der Auslösung des neuen Rechtsstaatsmechanismus. „Ich kann Ihnen ankündigen, dass in den kommenden Wochen die ersten schriftlichen Mitteilungen verschickt werden“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Das neue Verfahren sieht vor, dass Mitgliedstaaten Fördermittel gekürzt werden können, wenn wegen Rechtsstaatsverstößen ein Missbrauch der Mittel droht. „Wenn es um den Schutz unseres Haushalts geht, werden wir jeden Fall verfolgen mit allem, was in unserer Macht steht“, kündigte die Präsidentin an.

- >> Die HERA wird neben der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) und dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) das zentrale Element der Gesundheitsunion, die von der Leyen im Vorjahr vorgeschlagen hatte. (Siehe auch Seite 5)
- > **Europäische Verteidigungsunion:** Die Präsidentin sagte den notleidenden Menschen in Afghanistan weitere 100 Mio. Euro an humanitärer Hilfe zu und mahnte in ihrer Rede strategische Konsequenzen aus den jüngsten Vorgängen an. Noch vor Jahresende wird die EU in einer gemeinsamen Erklärung mit der Nato erste sicherheitspolitische Schlussfolgerungen ziehen. „Es wird Missionen ohne die Beteiligung der Nato oder der UNO geben“, sagte von der Leyen und warb für eine stärkere strategische Autonomie der EU. „Die gute Nachricht ist, dass wir in den letzten Jahren begonnen haben, im Sicherheitsbereich europäische Strukturen aufzubauen. Doch was wir brauchen, ist die Europäische Verteidigungsunion.“ Erste Ergebnisse soll ein Gipfel zur europäischen Verteidigung unter dem französischen EU-Ratsvorsitz im kommenden Frühjahr bringen. „Was uns bisher zurückgehalten hat, sind nicht allein fehlende Kapazitäten, es fehlte auch der politische Wille“, stellte die Präsidentin klar.
- > **Europäisches Chip-Gesetz:** Von der Leyen warb in ihrer Rede für eine „technologische Souverä-

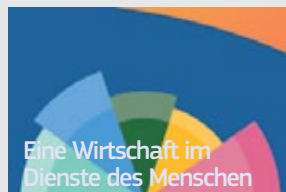
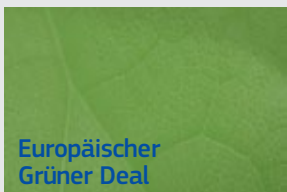
nität“ Europas. Ein Europäisches Chip-Gesetz soll die Halbleiterindustrie stärken und Europas Wirtschaft von Importen der wichtigen Bauteile unabhängiger machen. Von der Leyen erinnerte an den Erfolg des europäischen Satelliten- und Navigationssystems Galileo, dem weltweit zwei Milliarden Menschen vertrauen.

- > **Klimagerechtigkeit:** Vor der UN-Klimakonferenz (COP26) im November in Edinburgh sagte von der Leyen neben den bereits vereinbarten jährlichen 25 Mrd. Euro weitere 4 Mrd. Euro bis 2027 zu, um einkommensschwache Länder in ihren Bemühungen gegen die Erderwärmung zu unterstützen. Die Präsidentin ermunterte China und die USA, zum Gelingen der UN-Konferenz beizutragen. „Wir müssen jetzt handeln. Die Zeit ist reif“, sagte von der Leyen. Zudem sicherte sie zu, dass die EU ihre Ausgaben zum Schutz der Biodiversität verdoppelt. Um Klimaarmut in der EU zu bekämpfen, wird ein Klima-Sozialfonds aufgelegt, etwa um steigende Stromkosten im Zuge der Energiewende auszugleichen.
- > **Fairer Handel:** Waren, die unter Bedingungen von Zwangsarbeit hergestellt wurden, sollen nicht mehr in die EU eingeführt werden dürfen. „Menschenrechte sind nicht käuflich, für kein Geld der Welt“, betonte von der Leyen.
- > **Europäische Strategie der Pflege und Betreuung:** Mit Blick auf die Erfahrungen aus der Pandemie bekräftigte die Präsidentin die Bedeutung der Europäischen Säule sozialer Rechte und kündigte eine Initiative zur Pflege und Betreuung an.
- > **Zukunft Jugend:** „Unsere Jugend steht für Einfühlungsvermögen und Solidarität“, sagte von der Leyen und würdigte das Engagement und die Entbehrungen der jungen Menschen in der Pandemie. Die Präsidentin schlug vor, 2022 zum Jahr der europäischen Jugend auszurufen.

Ein neues Austauschprogramm ALMA wird – analog zum Studierenden- und Auszubildendenprogramm Erasmus+ – auch jungen Menschen ohne Ausbildung und Job die Chance auf eine Berufserfahrung in einem Mitgliedsland der EU bieten.

„Unsere Generation wird stärker sein, wenn sie mehr wie unsere nächste Generation wird: umsichtig, entschlossen, fürsorglich für andere. Verwurzt in ihren Werten und kraftvoll in ihrem Handeln“, lobte die Präsidentin den Optimismus der Jugend. „Sie sorgt sich um ihre Zukunft, aber sie ist vor allem entschlossen, diese Zukunft besser zu gestalten.“ >|

Die Prioritäten der Kommission von der Leyen



Quelle: EU-Kommission

Rede zur Lage der Union

NEXTGENERATIONEU

EU zahlt erste Milliarden aus Corona-Aufbaufonds an Deutschland aus

Deutschland hat die ersten Gelder aus dem Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU erhalten. Die Kommission zahlte 2,25 Mrd. Euro an Vorfinanzierungen aus. Das ist knapp ein Zehntel der 25,6 Mrd. Euro an Corona-Aufbaugeldern, die Deutschland insgesamt an Zuschüssen von der EU erhält. Mit den Mitteln können wichtige Investitions- und Reformvorhaben angestoßen werden, die im von der EU-Kommission bewilligten deutschen Corona-Aufbauplan skizziert sind. So werden unter anderem Investitionen in grünen Wasserstoff gefördert, der Kauf von 800.000 klimafreundlichen Fahrzeugen, die Digitalisierung der Verwaltung, europäische Projekte im Bereich Mikroelektronik und Cloud-Infrastrukturen sowie die Modernisierung von Kliniken.

Insgesamt haben die Aufbaupläne von 18 EU-Staaten bisher grünes Licht der Kommission bekommen. Auf Initiative der Kommission hatten die Mitgliedstaaten einen Corona-Aufbaufonds von über 800 Mrd. Euro gebilligt, davon 338 Mrd. Euro als einmalige

Zuschüsse. Von den Aufbaumitteln müssen mindestens 37 Prozent in Klimaprojekte fließen, mindestens 20 Prozent in die Digitalisierung.

Aufbaufonds

EUROBAROMETER

Deutsche blicken positiver in die Zukunft

Die Stimmung in der EU hellt sich deutlich auf. Das geht aus dem neuen Eurobarometer hervor, das die EU-Kommission im September vorstellte. Demnach beurteilen europaweit 66 Prozent der Befragten die Zukunft der EU positiv, 6 Prozentpunkte mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das ist zugleich der höchste Wert seit Herbst 2009. In Deutschland lag die positive Einschätzung zur Zukunft der EU bei 67 Prozent, das sind 5 Punkte mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Gesundheit bleibt in Pandemie-Zeiten auf Ebene der Mitgliedstaaten mit 28 Prozent das dringlichste Thema für die Befragten, aber mit sinkender Tendenz. Vor der Impfkampagne im Winter hatte der Wert noch 16 Punkte höher gelegen.

Für die repräsentative Umfrage wurden in den Monaten Juni und Juli rund 25.000 Europäerinnen und Europäer in allen Mitgliedstaaten befragt, davon rund 1.500 in Deutschland.

Optimismus in Europa

PANDEMIE-BEWÄLTIGUNG

EU-Aufbauhilfe unterstützt Bundesländer mit rund 600 Mio. Euro

Die EU hat mehrere Bundesländer in den vergangenen Wochen mit einer Aufstockung der Strukturmittel in Höhe von knapp 600 Mio. Euro unterstützt. Die Gelder aus der Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas – Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe (REACT-EU) – fließen unter anderem in die Stärkung des Gesundheitssektors sowie die Aus- und Weiterbildung. So erhält zum Beispiel Sachsen 115 Mio. Euro, die für Impfzentren sowie für Investitionen in die IT-Infrastruktur, die Digitalisierung und die medizinische Ausstattung von Uni-Kliniken verwendet werden. Bayern wird mit 141 Mio. Euro unterstützt, die in Forschungsvorhaben im Bereich Digitales, Gesundheit, Klima und Umwelt gehen. Für Rheinland-Pfalz stehen 35 Mio. Euro bereit. Sie werden für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sowie Energieeffizienzmaßnahmen eingesetzt. Bremen erhält 19 Mio. Euro, die für Investitionen in Forschung und Entwicklung, die Digitalisierung von KMU und die Anschaffung von E-Bussen für den Nahverkehrssektor verwendet werden.

Über den Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) fließen 30 Mio. Euro nach Brandenburg, zur Förderung des Tourismussektors sowie mittelständischer Betriebe, die stark unter den Folgen der Pandemie leiden.

Pandemiemaßnahmen

ENERGIESPAREN

Neues Energielabel für Lampen

Seit 1. September gilt in allen Geschäften und Online-Verkaufsstellen im Binnenmarkt eine neue Version des EU-Energieeffizienzlabels für Glühlampen und andere Beleuchtungsprodukte. Die wichtigste Änderung ist die Rückkehr zu einer einfacheren A-G-Skala. Die neue Skala ist so konzipiert, dass zunächst nur sehr wenige Produkte die streng gefassten Einstufungen „A“ und „B“ erreichen, so dass Raum für effizientere Produkte bleibt, die nach und nach auf den Markt kommen.

„Unsere Lampen und andere Beleuchtungsprodukte sind in den letzten Jahren so viel effizienter geworden, dass mehr als die Hälfte der LEDs jetzt in die Klasse A++ fallen“, so Energiekommissarin Kadri Simson. Sie ergänzte: „Durch die Aktualisierung der Kennzeichnung wird es für die Verbraucher einfacher zu erkennen, welche Produkte die besten ihrer Klasse sind.“ Der Einsatz energieeffizienterer Beleuchtung werde die Treibhausgasemissionen in der EU weiter senken helfen.

Energielabel

UNABHÄNGIGKEIT DER JUSTIZ

Kommission beantragt Finanzsanktionen gegen Polen

In der Auseinandersetzung mit Polen über die Disziplinarkammer am Obersten Gerichtshof des Landes hat die Europäische Kommission beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Finanzsanktionen gegen Polen beantragt. „Die Justizsysteme in der Europäischen Union müssen unabhängig und fair sein. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger der EU müssen in gleicher Weise gewährleistet werden, unabhängig davon, wo sie in der Europäischen Union leben“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dazu. Konkret geht es um die Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs Polens, die ihre Maßnahmen gegen Richter immer noch nicht vollständig eingestellt hat. Zudem fordert die Kommission das Land auf, einem Urteil des Gerichtshofs vom 15. Juli nachzukommen. Der EuGH hatte darin entschieden, dass eine Disziplinarregelung für Richterinnen und Richter in Polen nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist.

Der EuGH wird nun über den Antrag der Kommission befinden. Ein Grundsatzurteil des polnischen obersten Gerichtshofs zum Verhältnis von nationalem und europäischem Recht war mehrfach verschoben worden und steht weiter aus. „Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs müssen in der gesamten EU respektiert werden. Nur so kann das notwendige gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten und den Bürgern aufgebaut und gestärkt werden“, mahnte Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová.

Unabhängige Justiz

GEOPOLITISCHE KOMMISSION

EU bringt Indopazifik-Strategie auf den Weg

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Verabschiedung der Indopazifik-Strategie als „Meilenstein“ gewürdigt. „Europa muss aktiver und präsenter sein“, sagte von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union. Die Kommission hatte zuvor die Strategie des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, gebilligt. Die EU will ihr Engagement in der Region erhöhen, um Partnerschaften zu schaffen, die die regelbasierte internationale Ordnung stärken und globale Herausforderungen angehen.

Darin geht es neben Fragen wie Migration und Klima auch um die Sicherung von Seewegen im indopazifischen Raum. Die Strategie „spiegelt die wachsende Bedeutung der Region für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit wider. Aber auch die Tatsache, dass autokratische Regime versuchen, ihren Einflussbereich in dieser Region zu erweitern“, erklärte von der Leyen.

Geopolitische Kommission

PRESSEFREIHEIT

Kommission für mehr Schutz von Journalisten

Die EU-Kommission hat Empfehlungen zum besseren Schutz von Journalistinnen und Journalisten in Europa vorgelegt. Angeregt wird, auf Ebene der Mitgliedstaaten Meldepunkte einzurichten, an denen Berichterstattende Bedrohungen oder Einschüchterungen melden können. Auch die juristische Beratung soll verbessert werden. In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) in Leipzig wird ein Schnellwarnsystem für Verstöße gegen Medienfreiheit in Europa unterhalten. „Information ist ein öffentliches Gut. Wir müssen diejenigen schützen, die Transparenz schaffen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union.

Allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 900 Übergriffe auf Reporterinnen und Reporter in der EU gemeldet, drei Journalisten wurden seit 2017 in der EU im Zuge ihrer Berichterstattung ermordet: Daphné Caruana Galizia, Ján Kuciak und Peter R. de Vries.

Medienfreiheit

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



CORONA-PANDEMIE

Kommission legt Pläne für neue europäische Gesundheitsbehörde HERA vor

Auf dem Weg zu einer Europäischen Gesundheitsunion hat die EU-Kommission Pläne für eine neue grenzüberschreitende Gesundheitsbehörde vorgestellt: HERA - Health Emergency Response Authority. Sie soll zum einen die Vorbereitungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf künftige Gesundheitskrisen verbessern. Zum anderen soll sie bei Gesundheitsnotständen eine entscheidende Rolle bei der Beschaffung von Medikamenten und der Verfügbarkeit medizinischer Gegenmaßnahmen spielen. „Die neue Behörde wird uns helfen, mit künftigen Gesundheitsbedrohungen früher und besser fertig zu werden“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der EU.

> Neben der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) und dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) bildet die HERA eine der Säulen der europäischen Gesundheitsunion, die von der Leyen im Vorjahr in ihrer Rede zur Lage der Union angekündigt hatte. „In einer Krise erwarten die Menschen zu Recht, dass sich die EU aktiver einbringt“, so die Kommissionspräsidentin.

Vorgesehen ist, dass die HERA ihre Arbeit bereits kommenden Jahr aufnimmt. Zunächst in einer Übergangsphase unter dem Dach der EU-Kommission, später als eigenständige Behörde. Diese soll eigene Risikoanalysen zu Gesundheitsgefahren erstellen, die medizinische Forschung, etwa für Impfstoffe, besser koordinieren und ausreichend Produktionskapazitäten für Medikamente sicherstellen. So wird gewährleistet, dass alle Mitgliedstaaten im Notfall schnellen und gleichberechtigten Zugang zu Medikamenten und Impfstoffen sowie zu medizinischen Apparaten wie Beatmungsgeräten haben. „Kein Virus soll jemals aus einer lokalen Epidemie eine globale Pandemie machen“, sagte von der Leyen.

EU-Impfquote über 70 Prozent

Die Präsidentin hob in ihrer Rede den Erfolg der gemeinsamen Impfkampagne hervor. „Mehr als 70 Prozent der Erwachsenen in der EU sind vollständig geimpft“, betonte von der Leyen. „Die Unionsstrategie, gemeinsam vorzugehen, zahlt sich aus und stellt Europa an die Spitze des weltweiten Kampfes gegen COVID-19“, erklärte sie. Die Kommission hatte federführend für die Mitgliedstaaten die Beschaffung der Impfstoffe übernommen, zu-



© European Union, 2021 – Source: European Parliament

dem hatte sie Erforschung, Entwicklung und Herstellung von Vakzinen und Corona-Medikamenten frühzeitig unterstützt. Auch für eine mögliche dritte Impfung besonders gefährdeter Gruppen sind genügend Dosen vorhanden. So hatte die Kommission bereits im Mai mit den Unternehmen BioNTech und Pfizer die Lieferung von weiteren 1,8 Milliarden Impfdosen bis zum Jahr 2023 vereinbart. Zudem nutzte die Kommission eine Option auf weitere 150 Millionen Dosen des Herstellers Moderna. Das Unternehmen AstraZeneca sagte bis März 2022 die Lieferung von ausstehenden 200 Millionen Dosen zu. Die Kommission war wegen der Einhaltung der bestehenden Zusagen auch gerichtlich vorgegangen.

“ Die Coronavirus-Pandemie hat gezeigt, dass wir eine engere Koordinierung in der EU und resilientere Gesundheitssysteme brauchen. ”

Von der Leyen sagte in ihrer Rede zudem bis Mitte kommenden Jahres die Lieferung von weiteren 200 Millionen Dosen an Länder mit niedrigem Einkommen zu. Bereits zuvor hatte die EU die Weitergabe von 250 Millionen Impfdosen angekündigt. Eine schnelle und vollständige Impfung ist entscheidend, um die Pandemie einzudämmen – auch jenseits Europas. So investiert die EU 1 Mrd. Euro, um so genannte mRNA-Impfstoffe, wie sie etwa BioNTech nutzt, in Afrika herzustellen. „Das ist eine Investition in Solidarität – aber auch in die globale Gesundheit“, so die Präsidentin. (pr) >|

Stella Kyriakides,
EU-Gesundheitskommissarin

DIGITALE DEKADE

Mitgliedstaaten sollen in Zukunft **gemeinsam** digitale Großprojekte angehen

Mit ihrem Programm „Der Weg in die digitale Dekade“ hat die Kommission erstmals beschrieben, wie die digitale Transformation in der EU bis zum Ende des Jahrzehnts umgesetzt wird. „Wir investieren in großem Umfang in 5G und Glasfaser. Aber ebenso wichtig sind Investitionen in digitale Kompetenzen. Letzteres braucht Aufmerksamkeit seitens der Politik und einen strukturierten Dialog“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union.



© Shutterstock

Bis zum Ende des Jahrzehnts sollen unter anderem Krankenakten komplett elektronisch verfügbar sein.

> Margrethe Vestager, die für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, ergänzte: „Wir wollen einen Governance-Rahmen auf der Grundlage eines jährlichen Kooperationsmechanismus schaffen, um die Ziele in den Bereichen digitale Kompetenzen, digitale Infrastrukturen sowie Digitalisierung der Unternehmen und öffentlichen Dienste zu verwirklichen.“

Das Arbeitsprogramm ist neben dem Gesetz für digitale Märkte DMA (Digital Markets Act) und dem Gesetz über digitale Dienste DSA (Digital Services Act) zur Regelung von Wettbewerb und Verbraucherrechten im Internet ein zentrales Element der Digitalpolitik für die kommenden Jahre. Ziel ist, den digitalen Wandel zu gestalten, Innovation sowie Wachstum zu fördern und die Vorteile der Digitalisierung voranzutreiben. „Es geht um eine Zukunft, in der Unternehmen und unsere Gesellschaft Innovationen für sich arbeiten lassen“, erläuterte Vestager:

Der Vorschlag der Kommission umfasst unter anderem:

> **Mehrländerprojekte:** 20 Prozent der Mittel im Aufbaufonds NextGenerationEU sind für digitale Projekte vorgesehen. Die Kommission schlägt vor, den Zugang zu öffentlichen Mitteln zu vereinfachen. So reicht künftig eine Zusam-

menarbeit von drei Mitgliedstaaten aus, um Fördermittel für gemeinsame Mehrländerprojekte zu erhalten, die für die Stärkung der digitalen Souveränität Europas und die wirtschaftliche Erholung von besonderer Bedeutung sind. Das umfasst unter anderem grenzüberschreitende 5G-Netze, sichere Quantenkommunikation, Cloud-Computing und Blockchain-Technologien.

> **Digitaler Kompass – Digitalkompetenz/Infrastruktur/Wirtschaft/Verwaltung:** Die Kommission weist Ziele aus, um die digitale Transformation bis zum Ende des Jahrzehnts voranzutreiben. Dazu zählen unter anderem, die Digitalkompetenzen der Europäerinnen und Europäer zu erhöhen. Angestrebt wird, dass 80 Prozent der Bevölkerung über grundlegende digitale Fähigkeiten verfügen, 20 Millionen Europäerinnen und Europäer sollen gehobene IKT-Kenntnisse besitzen, auch der Anteil der im IT-Sektor beschäftigten Frauen soll steigen. Die Digitalisierung der Verwaltung wird ebenfalls ausgebaut. Angestrebt wird, die öffentliche Verwaltung bis zum Ende des Jahrzehnts vollständig zu digitalisieren, auch Krankenakten sollen dann komplett elektronisch verfügbar sein. 80 Prozent der Europäerinnen und Europäer werden bis 2030 über eine digitale Identität (EUID) verfügen, die es ihnen zum Beispiel erlaubt, persönliche Unterlagen vom Lebenslauf bis zum Führerschein in jedem EU-Mitgliedsland digital einzureichen. Die digitale Infrastruktur wird ausgebaut, vom Breitband bis zum 5G-Netz. Auch die digitale Transformation der Wirtschaft wird gefördert, vorgesehen ist, dass 90 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der EU bis zum Ende des Jahrzehnts grundlegende Digitalstandards erfüllen und sich die Zahl der auf dem Weltmarkt erfolgreichen Start-ups, so genannte Einhörner, verdoppelt.

> **Digitales Semester:** Ausgehend vom Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft DESI (Digital Economy and Society Index) erhebt die EU-Kommission die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Digitalisierung und hält sie fest im jährlichen Bericht „Stand der digitalen Dekade“. So wird sichergestellt, dass die selbstgesteckten Ziele bis zum Ende des Jahrzehnts auch erreicht werden. (pr) >|

Der DESI-Index

Die EU-Kommission ermittelt den digitalen Fortschritt der Mitgliedstaaten mit dem Index digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI). Im jüngsten DESI-Bericht 2020 liegen Finnland, Schweden, Dänemark und die Niederlande auf den vorderen Plätzen. Deutschland befindet sich mit Rang 12 im Mittelfeld. Unterdurchschnittlich sind hierzulande demnach unter anderem die Abdeckung der Mobilfunknetze sowie die Digitalisierung in den Unternehmen.

HUMANITÄRE HILFE

Von der Leyen betont Verantwortung für Afghanistan

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Verantwortung der Europäischen Union für die Menschen in Afghanistan betont. „Wir stehen dem afghanischen Volk zur Seite. Den Frauen und Kindern, den Staatsanwälten, Journalisten und Menschenrechtsverteidigern“, sagte von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union. Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hatte die EU ihre weitere Entwicklungszusammenarbeit mit dem Land an die Einhaltung strenger Vorgaben gebunden. Von „klaren Bedingungen und Prioritäten“ sprach Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften, nach einem informellen Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Mitgliedstaaten.

> Im Europäischen Parlament nannte Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, fünf Vorgaben für eine weitere Kooperation. Dazu gehört unter anderem, dass von Afghanistan künftig keine Terrorgefahr ausgeht, die Gewährleistung von Menschenrechten, die sichere Ausreise gefährdeter Menschen sowie die Bildung einer inklusiven Regierung in dem Land. „Das ist derzeit nicht der Fall“, warnte Borrell. Zuvor hatte von der Leyen bereits klargestellt: „Kein einziger Euro Entwicklungshilfe darf an ein Regime gehen, das Frauen und Mädchen ihre vollen Freiheiten und Rechte auf Bildung und Karriere verweigert.“

Humanitäre Hilfe wird weiter aufgestockt.

Unmittelbare humanitäre Hilfe für die notleidenden Menschen im Land leistet die EU weiter. „Wir werden die Hilfe für die Menschen in Afghanistan um weitere 100 Mio. Euro erhöhen“, kündigte von der Leyen in der Rede zur Lage der Union an. Insgesamt stellt die EU damit 300 Mio. Euro an humanitärer Hilfe für das Land bereit, sechs Mal mehr als eingeplant. „Der Bedarf an humanitärer Hilfe nimmt mit der jüngsten Entwicklung zu. Wenn wir uns die Zahl der Binnenflüchtlinge ansehen, so ist diese mit fast 3,7 Millionen Menschen am höchsten“, so von der Leyen.

Auf Initiative der EU-Kommission hatten sich die Mitgliedstaaten darüber hinaus auf eine gemeinsame Linie bei der Hilfe für Vertriebene verständigt. „Wir müssen jetzt handeln und geflüchtete Menschen in Afghanistan und den angrenzenden Ländern unterstützen“, sagte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson. So ist vereinbart, die rund



© Jose_Matheus / Shutterstock.com

3,7 Millionen Binnenvertriebenen in Afghanistan sowie Vertriebene in den Nachbarstaaten gezielt zu unterstützen. Gemeinsame Bemühungen seien „erforderlich, um mit den Nachbarn Afghanistans zusammenzuarbeiten, um die Auswirkungen der Vertreibung in der Region anzugehen“, erklärten die EU-Innenminister.

Über die mögliche Aufnahme von Vertriebenen in der EU soll noch im September auf einem Forum zur Neuan siedlung mit dem UN-Flüchtlingswerk UNHCR beraten werden. „Neben den früheren Diplomaten vor Ort und den Ortskräften mit ihren Familien gibt es noch weitere Gruppen, die dringend der Hilfe bedürfen, wie etwa Menschenrechtsaktivisten und Journalisten“, warb Johansson in der „Welt am Sonntag“ für die Aufnahme Vertriebenen in der EU.

Gemeinsam haben die Mitgliedstaaten bislang 17.500 Menschen aus Afghanistan in Sicherheit gebracht, darunter 520 Bedienstete der EU und ihre Angehörigen. Sie wurden nach Spanien gebracht und von dort aus auf die Mitgliedstaaten verteilt. Angesichts der anstehenden Herausforderungen rief von der Leyen Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament auf, sich auf ein gemeinsames Vorgehen in der Asyl- und Migrationspolitik zu verständigen. „Jetzt ist der Moment für eine Europäische Migrationsmanagementpolitik. Ich fordere Sie daher nachdrücklich auf, hier in diesem Haus und in den Mitgliedstaaten, den Prozess zu beschleunigen“, sagte von der Leyen in ihrer Rede im Europäischen Parlament. (pr) >

Die EU stellte klar, dass kein einziger Euro Entwicklungshilfe an ein Regime gehen darf, das Frauen und Mädchen ihre vollen Freiheiten und Rechte auf Bildung verwehrt.

Gedenken an die Opfer des 11. September

Zum 20. Jahrestag der Terroranschläge des 11. September 2001 hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an die Opfer der Anschläge erinnert. „Wir gedenken derer, die ihr Leben verloren haben und ehren die, die alles riskiert haben, um ihnen zu helfen“, erklärte die Präsidentin. Zugleich betonte sie die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen. „Die EU steht mit den USA bei der Verteidigung von Freiheit gegenüber Hass“, so von der Leyen.

EUROPÄISCHES JAHR DER SCHIENE

EU-Sonderzug startet Europatour

Anfang September ist der europäische Sonderzug Connecting Europe Express in Lissabon zu seiner Reise quer durch Europa gestartet. Bis zum 7. Oktober wird er in über 100 europäischen Städten, darunter auch in elf deutschen, halten: München, Stuttgart, Ulm, Karlsruhe, Frankfurt am Main, Leipzig, Halle, Berlin, Hamburg, Bremen und Bad Bentheim. Der Connecting Europe Express symbolisiert die Bedeutung der Schiene für die Verbindung von Menschen und Unternehmen – und welche wichtige Rolle die EU-Infrastrukturpolitik und der einheitliche europäische Eisenbahnraum dabei spielen.



Entlang der Strecke werden mehrere Konferenzen zur EU-Infrastrukturpolitik und der Rolle des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) stattfinden, darunter in Lissabon, Bukarest, Brno, Berlin und Bettemburg. Im Zug sind Gespräche mit Politikern und Experten zu verschiedenen europäischen Verkehrsthemen geplant. In den Städten finden Flaggenübergaben und Veranstaltungen auf den Bahnhöfen statt. Bei den längeren Stopps kann ein Sonderwagen mit einer Ausstellung über neue Technologien und Infrastrukturprojekte im Schienenverkehr in Europa besichtigt werden. Der Sonderzug, der eine Initiative im Europäischen Jahr der Schiene 2021 ist, verbindet dabei nicht nur die portugiesische, slowenische und französische EU-Ratspräsidentschaft, sondern viele europäische Staaten miteinander und beendet nach seinem Start in Lissabon seine Reise am 7. Oktober in Paris. Er besteht aus Wagen von Eisenbahnunternehmen aus Italien, Frankreich, Ungarn, der Schweiz, Österreich und Deutschland.

Auf seiner Reise durch Europa werden im Zug Influencer aus den verschiedenen Ländern mitreisen. So wird zum Beispiel der polnische Reiseblogger Kamil von München bis Berlin im Rollstuhl mitfahren und seine Eindrücke in den sozialen Medien schildern. Michael, ein Berliner Fotograf, der am Zugfahren vor allem die Möglichkeit schätzt, verschiedene Kulturen und Orte kennenzulernen, wird in Berlin zusteigen und über Antwerpen, Rotterdam, Strasbourg bis nach Basel reisen.

In Deutschland hält der Connecting Europe Express an folgenden Bahnhöfen:

- 26.9. München Hbf
- 27.9. München Hbf, Ulm Hbf, Stuttgart Hbf
- 28.9. Karlsruhe Hbf, Frankfurt am Main Hbf
- 29.9. Frankfurt am Main Hbf, Leipzig Hbf, Halle Güterbahnhof, Berlin Südkreuz
- 30.9. Berlin Ostbahnhof, Hamburg Hbf
- 3.10. Hamburg Hbf, Bremen Hbf, Bad Bentheim

Connecting Europe Express

JUVENES TRANSLATORES

EU-Wettbewerb für junge Übersetzerinnen und Übersetzer

Sekundarschulen in allen EU-Ländern können sich im Internet für Juvenes Translatores bewerben, den jährlichen Übersetzungswettbewerb der Europäischen Kommission. Das Thema der Texte, die die Jugendlichen übersetzen sollen, lautet in diesem Jahr: „Los geht's – in eine grünere Zukunft!“. Die Teilnehmenden können beliebig aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen. Das ergibt 552 mögliche Sprachkombinationen. Die Anmeldung für Schulen ist bis zum 20. Oktober 2021 möglich. Der Wettbewerb findet am 25. November 2021 online in allen teilnehmenden Schulen statt. Die GewinnerInnen – eine Person pro Land – werden Anfang Februar 2022 bekannt gegeben.

Juvenes Translatores

#MYEUSPACE

Weltraumtechnologien für die Wirtschaft nutzen

Die Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm (EUSPA) in Prag hat den Wettbewerb #myEUSpace gestartet. Gesucht werden tatkräftige Innovatoren und Unternehmen für die Entwicklung und Vermarktung von innovativen Lösungen, bei denen Daten und Dienste des Weltraumprogramms der EU jenseits ihres bisherigen Anwendungsbereichs genutzt werden. Dabei geht es um neue Technologien für standortbezogene Dienste, intelligente Mobilität, intelligente Landwirtschaft, Geoinformatik und erstmals auch Quantentechnologien. Der Wettbewerb #myEUSpace ist Teil der Cassini-Initiative der Europäischen Kommission und wurde mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 1 Mio. Euro ausgestattet.

#myEUSpace